

Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **68 (1988)**

Heft 2

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Grenzen der Expertokratie

Seit den siebziger Jahren ist es auch im schweizerischen Bundesstaat üblich geworden, für die Analyse von Grundsatzzfragen zunächst wissenschaftliche oder wissenschaftlich orientierte Expertengremien einzusetzen, welche eine vorgegebene Problemstellung in grosser methodischer Freiheit angehen können. Auf diese Weise sind die umfassenden «Gesamtkonzeptionen» für die Bereiche Verkehr, Medien und Energie entstanden. Ein Beispiel von besonderer Brisanz ist aber auch die «Expertengruppe Energieszenarien», die nach der parlamentarischen Tschernobyl-Debatte vom zuständigen Departement mit dem Auftrag eingesetzt worden war, Möglichkeiten und Konsequenzen eines Ausstiegs aus der Kernenergie zu prüfen.

Schon bei den Gesamtkonzeptionen der siebziger Jahre waren gewisse Zweifel an diesem Vorgehen aufgetaucht. Es zeigte sich, dass solche Gremien leicht eine Eigendynamik entwickeln und dann zu Ergebnissen kommen, die zu weit von den Realitäten und vor allem von den Möglichkeiten politischer Realisierbarkeit abdriften, als dass die nüchternen Schweizer letzten Endes viel damit anzufangen wüssten. Insbesondere hat es sich auch immer wieder als schwierig erwiesen, das notgedrungen Hypothetische solcher Konzeptionen und Szenarien wirklich ins öffentliche Bewusstsein zu bringen. Die damit verbundene Gefahr des fundamentalen Missverstehens

kann naturgemäss gerade für die jeweils beteiligten Wissenschaftler besonders fatal sein, weil auf diese Weise ihr wissenschaftliches «Image» in Misskredit zu geraten droht.

Im Fall der «Expertengruppe Energieszenarien» scheinen es vor allem solche Skrupel gewesen zu sein, die noch vor Abschluss der Arbeiten zur Distanzierung von drei der elf Kommissionsmitgliedern geführt haben. Die Gruppe hatte unter grossem Zeitdruck äusserst komplexe Zusammenhänge zu erörtern. Das wird schon durch die Tatsache illustriert, dass nicht weniger als 70 Zusatzberichte eingeholt wurden — Berichte, die offenbar angesichts der Terminnot teilweise dilettantisch, um nicht zu sagen liederlich konzipiert und realisiert worden waren und für deren genaues Studium ausserdem immer wieder zu wenig Zeit blieb.

Eines der zentralen Themen der ganzen «Ausstiegs»-Problematik, die ökonomischen Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft, ist dermassen komplex, dass es der zuständige, sehr renommierte Experte nicht darauf ankommen lassen wollte, auf Grund von blossen, mit einer Grosszahl von Unbekannten behafteten Teilerkenntnissen ein Urteil abzugeben, das dann in seiner Differenziertheit von der offensichtlichen Ausstiegs-Euphorie der Kommissionsmehrheit übertüncht und überspült worden wäre und damit den Autor nach dem Motto «Mitgefangen — mitgegangen» trotzdem in eine

«Kronzeugen»-Rolle gedrängt hätte, die er wissenschaftlich keinesfalls verantworten konnte und wollte.

Natürlich handelt es sich bei den «Ausstiegsszenarien» um einen Sonderfall, weil sich die Expertenarbeit auf dem Hintergrund eines hochemotionalen Klimas mit Zügen eines «Religionskriegs» zu entfalten hatte. Auch ein Teil der Experten war deshalb von allem Anfang an weitgehend auf vorgefassten Meinungen fixiert, die es durchzusetzen galt. Zwar hatte die Kommission den Auftrag, lediglich Materialien zu sammeln und zu sichten und so dem Bundesrat Entscheidungsgrundlagen für seine Empfehlungen an das Parlament bereitzustellen. Doch wurde dieses Konzept sehr rasch durchlöchert. Einerseits erhielten die «Materialien» immer mehr den Charakter von

«Absichtserklärungen». Und andererseits vermochten offensichtlich verschiedene Kommissionsmitglieder der Versuchung gezielter Indiskretionen nicht zu widerstehen, so dass es zur Unzeit zu einseitigen Informationsschüben kam, die das Expertengremium immer mehr ins Zwielficht brachten.

So wird es unabhängig vom Thema nötig sein, den Fall der «Experten-Gruppe Energieszenarien» zum Anlass zu nehmen, Stellenwert und Arbeitsweise solcher Kommissionen einmal grundsätzlich zu überprüfen. Die Bundespolitik wird auch inskünftig nicht ohne dergleichen Instrumentarien auskommen. Um so wichtiger erscheint es, ihre Funktion, ihre Möglichkeiten und vor allem auch ihre Grenzen genau zu überdenken.

Richard Reich

Europas Schatten über der schweizerischen Wirtschaft

Die EG setzt zu einem grossen Sprung an. Bis 1992 soll der Binnenmarkt vollendet sein. Es wäre sicherlich falsch, darauf spekulieren zu wollen, dass sich die EG mit diesem Projekt übernommen habe, dass es zu ehrgeizig sei und dass deshalb noch viel Wasser den Rhein hinunterfliessen werde, bis sie ihr Ziel erreicht haben wird. Gewiss, im EG-Getriebe gibt es Sand. Aber sie hat seit ihrem Bestehen — und das sollte nicht übersehen werden — kaum jemals erobertes Integrationsgelände wieder preisgegeben. Der Prozess geht, wenn auch bisweilen mit Ächzen und Stöhnen, vorwärts. Und es kann deshalb mit einiger Sicherheit prognosti-

ziert werden, dass sich die EG-Herausforderung zu *dem* wirtschaftspolitischen Problem verdichten wird, vor das sich die Schweiz im kommenden Jahrzehnt gestellt sieht. Und dies um so mehr, als der von der EG ausgehende Druck im Gebälk des EFTA-Gebäudes schon erhebliche Spannungen erzeugt hat und sich einige Mitbewohner ernsthaft mit der Frage beschäftigen, ob sie nicht in ihrem eigenen Interesse einen Wechsel ins EG-Haus in Aussicht nehmen sollten.

Und die Position der Schweiz? Sie ist wenig komfortabel, wenn von der wohl einzig realistischen Annahme ausgegangen wird, dass für sie eine

Vollmitgliedschaft nicht in Erwägung gezogen werden kann. Was dann? Eine Intensivierung der bisherigen Politik drängt sich in den Vordergrund: Annäherung durch bilaterale Abkommen im Rahmen der Expansionsmöglichkeiten, wobei sich die Schweiz allerdings darüber klar sein muss, dass sie mit der alten «Schlaumeierpolitik» der «Fünfer-und-Weggli-Taktik» nicht mehr sehr weit kommen wird. Sie hat in Brüssel offenbar keinen Bonus mehr. Und wenn sie sich nicht selbst isolieren will, so muss sie sich dazu durchringen, ihre Bereitschaft, sich Europa anzunähern, durch entsprechende Taten zu demonstrieren.

Gefragt ist deshalb schon heute eine Wirtschaftspolitik, die nicht allein und ausschliesslich auf die Interessen der Eidgenossenschaft zentriert ist, sondern die dort, wo Probleme zur Diskussion stehen, die auch eine internationale Dimension haben, auf die Europa-Komponente Rücksicht nimmt. Die Schweiz hat, beispielsweise, eine moralische Verpflichtung, die Nord—Süd-Achse verkehrspolitisch so

zu behandeln, dass sie in die Profile der europäischen Verkehrspolitik passt. Es würde auch nichts schaden, wenn sie bei der Festlegung von industriellen Normen die Aktivitäten der EG auf solchen Gebieten zur Kenntnis nähme. Sonderzüge, wie sie heute noch ohne Not praktiziert werden, sind gefährlich — weil kontraproduktiv. Gefragt ist ein zumindest *EG-kompatibles Vorgehen*. Die Rasenmäherverordnung, die kürzlich im Bundeshaus zusammengebastelt wurde, zeigt, dass die Schweiz selbst bei Marginalien der Lust zur Eigenbrötelei nicht zu widerstehen vermag. Das Europabewusstsein scheint noch nicht in allen Abteilungen des Bundeshauses jenen Stand erreicht zu haben, der heute gefordert ist. Die Schweiz kann ihren «Goodwill», der im Ausland mittelschwer gelitten hat, nur mehren, wenn sie durch freiwillige Leistungen bekundet, dass sie trotz allen Eigenständigkeiten zu Europa gehört. Bringt sie dazu die Kraft nicht auf, so läuft sie ins Abseits — mit eher unerquicklichen Konsequenzen.

Willy Linder

Führt ein Weg zurück?

Sind bestehende, «realexistierende» kommunistische Regimes zu einer Entwicklung fähig, die über den Einparteiensstaat des demokratischen Zentralismus und die zentralisierte Planwirtschaft hinausführt? Zurück zum historisch überwundenen Stadium bürgerlicher kapitalistischer Marktwirtschaft, wie die dort Herrschenden sagen, oder vorwärts zum ersehnten Raum freiheitlichen Handelns und persönlicher In-

itiative, wie es die unfreiwillig schweigende Mehrheit wünschen mag? Und ist die Sowjetunion in der Lage, ein Land, in das sie kriegerisch eingedrungen ist, wieder sich selbst — und zugleich andern Einflüssen — zu überlassen?

Was immer eine «perestroika» sein mag — die Lektüre von Michail Gorbatschows gleichnamigem Weltbestseller schafft da keine Klarheit — mit

Umkehr hat sie nichts zu tun. Wenn auch ein jahrzehntelanges Versagen der alleinherrschenden Partei — oder ihrer «schlechten Führer» — zugegeben wird, wie das in der Sowjetunion für die Breschnjewzeit, aber auch in Polen, in Ungarn geschehen ist, so wird dennoch die Vorstellung, dass es irgendein anderes Instrument, einen anderen politischen Ausdruck als eben diese Partei geben kann, von allen Reformplänen oder einer «zweiten Revolution» ausgeschlossen. Führungswechsel und Alternieren bleiben unvergleichbare Vorgänge. Ohne sowjetische Intervention wären Ungarn 1956 und die Tschechoslowakei 1968 vom Einparteiensystem abgekommen. Es wäre aber in beiden Fällen, unter Nagy wie unter Dubček, ein Übergang zu einem pluralistischen Regime gewesen und nicht ein Kommunismus mit menschlichem Antlitz. Merke: Antikommunismus ist keine westliche Verschwörung, sondern eine osteuropäische Stimmung.

Eine Demokratie wie Finnland zu dulden, oder ein wie auch immer zustandegekommenes kommunistisches Regime zum Liberalismus zurückkehren zu lassen — das ist zweierlei. Jugoslawien, über dessen Regime und Staatskrise Viktor Meier hier berichtet, ist nach dem Abfall von Moskau nicht demokratisch geworden. Acht sich streitende kommunistische Parteien machen noch kein pluralistisches Spektrum; ein alternder, schwungloser und geschwächter Totalitarismus mit einiger Liberalität im Meinungsdruck ist deswegen noch nicht auf dem Weg zu einem anderen System.

Polen hat keine «Dissidenten», sondern eine breite nichtkommunistische Mehrheit und funktioniert, wenn das der richtige Ausdruck ist, als Mischung

von starrem Polizeiregime und unvermeidlichen Toleranzen, zu denen auch eine sich nicht der Zensur unterwerfende Publizistik gehört.

Faschismus ohne Rassismus ist möglich, wie Italien bis 1938 bewies; ein nicht erneuertes bürokratisches Wirtschaftssystem kann in der Sowjetunion mit noch viel mehr Ausdrucksfreiheit verbunden sein als jetzt unter dem Namen «glasnost» besteht — und ohne Massenterror stalinistischer Art. An dessen Wiederkehr glaubt auch ein Emigrant wie Wladimir Bukowski nicht, der zehn Jahre in Kerkern und psychiatrischen Anstalten verbracht hat (vgl. sein Gespräch mit George Urban in «Encounter» vom November 1987 und Januar 1988).

Die verbreitete Meinung, dass ein schwächeres totalitäres System mit gewissen Reservaten deswegen zu einem nur «autoritären» Regime wird, das rechtsstaatliche Garantien bietet und — siehe Spanien, Portugal, Argentinien — ohne lange blutige Kämpfe der Demokratie Platz macht, ist noch durch keinen entsprechenden Vorgang bestätigt worden. Da stellt sich die Frage, ob Gorbatschow tatsächlich die Besetzung der Hauptstadt und grosser Teile Afghanistans aufgeben kann, wie die USA Südvietnam aufgegeben haben, ohne dass durch die peinlichen Umstände dieses Rückzugs die amerikanische Demokratie selber erschüttert wurde.

Ein befreites, aber sowjetfreundliches Afghanistan als mittelasiatisches Finnland ist schwer vorstellbar. Die Kräfte, die in diesem Krieg mit dem Massenexodus fast eines Viertels der Bevölkerung gegen Moskau mobilisiert wurden, müssen auch den Demokratien nicht gefallen; aber es gibt nur eine Verlängerung des gegen-

wärtigen Konflikts oder die Räumung mit ihrem Risiko.

Vor dem Einmarsch galt Afghanistan auch den Amerikanern faktisch als sowjetischer Einflussbereich, der gar nicht bestritten wurde. Heute gibt es nur Zwang und Kampf ohne Ende — oder Verzicht. Gromyko, der soeben Stalins Annexionen gerühmt hat, mag vom Generalsekretär, an dessen Aufstieg er Anteil hatte, gar nicht so entfernt sein.

*

Die Frage nach dem Weg zurück stellt sich unter ganz anderen Umständen auch für Israel und die besetzten Gebiete. Das Verkennen der desperaten Stimmung einer sehr jungen, auch dem Einfluss der Jordanier und der Notablen, sogar zum Teil der PLO entgleitenden Bevölkerung, kam hier der Blindheit nahe. Führende Politiker wie Peres, auch Rabin, fanden keinen Anlass, Auslandsaufenthalte abubrechen. Mehrmals wurde das Ende der Unruhen angekündigt.

Israel hatte kein Kolonialreich geplant, keinen Staat mit einem herrschenden und einem beherrschten Volk — doch auch andere imperiale Systeme sind ohne besondere Absicht entstanden. Niemandem auf arabischer Seite scheint an Gaza zu liegen; und gibt es arabische Staaten, die ein souveränes Palästina wirklich begrüßen würden? Doch rechtfertigt das nicht Fehler wie Scharons provokative Übersiedlung in die arabische Altstadt Jerusalems, die von ohnehin kaum zureichenden Polizeikräften viele dauernd bindet. Ob in den besetzten Gebieten strategisch und wirtschaftlich begründete, irreversible Verhältnisse herrschen? Solche wirken in einer Welt schnellen Wandels anachronistisch.

Doch die Garantie, dass ein Weg — sei er vorwärts, sei er zurück — gefunden werden kann, bietet diese Feststellung nicht. Und die Abneigung vor der Umkehr drängt die Frage auf: Wie anders als im Rückwärtsgang kommt man aus einer Sackgasse heraus?

François Bondy

In kommenden Heften lesen Sie:

- | | |
|---------------------------------|---|
| <i>Bundesrat Arnold Koller:</i> | Schweizerische Sicherheitspolitik heute |
| <i>Georg Kreis:</i> | Die Schweiz und die Wiederherstellung des österreichischen Staates nach dem Zweiten Weltkrieg |
| <i>Pierre Kende:</i> | Der Nationalismus in Osteuropa — Gefahr oder Hoffnung? |
| <i>Jean Starobinski:</i> | Medizin und Alternativmedizin |